

# SOZIALE GERECHTIGKEIT DURCH EINE POLITIK DER CHANCENGLEICHHEIT?

## SOZIALE UNGLEICHHEIT UND CHANCEN- UNGLEICHHEIT

STEFAN HRADIL



Abb. 1 © picture alliance / blickwinkel/McPHOTO/BilderBox | McPHOTO/BilderBox

Soweit wir wissen, gab es soziale Ungleichheiten in Gesellschaften aller Epochen und aller Erdteile. Häuptlinge und Feldherren befahlen, Sklaven schufteten, Parias waren „unberührbar“, Könige herrschten, unfreie Bauern hatten ihren Herren Fronarbeit zu leisten, Großkaufleute und Fabrikherren lebten in Palästen und Villen, Tagelöhner und Fabrikarbeiter hausten auf engstem Raum, Vorstandsvorsitzende von Konzernen verdienen heute mehr als tausend Mal so viel wie Frauen, die ihr Chefbüro reinigen. Wie die Beispiele andeuten, waren und sind die Erscheinungsformen sozialer Ungleichheit äußerst vielgestaltig. Sie lassen sich daher nur in sehr abstrakter Weise vergleichen. Deshalb wird sich die folgende Einführung auf soziale Ungleichheiten in entwickelten Gesellschaften beschränken.

Ziel der folgenden Seiten ist es, einen Überblick über die wichtigsten Phänomene sozialer Ungleichheit, über die zentralen Begriffe zu ihrer Analyse sowie über die Bedeutung zu vermitteln, die soziale Ungleichheit für die Politik und das Zusammenleben in entwickelten Gesellschaften hat. Gemäß dem Thema des vorliegenden Heftes wird dabei besonderes Gewicht auf die Chancen gelegt werden, die bestimmte Gruppierungen im heutigen Gefüge sozialer Ungleichheit haben. (ausführlich: Hradil, 2005)

### WAS VERSTEHT MAN UNTER SOZIALER UNGLEICHHEIT?

Spätestens seit der Aufklärung wird dem Dasein der Menschen hier auf Erden (und nicht länger im Jenseits) und ihrem individuellen Wohlergehen (und weniger z. B. dem des Staates) wachsende Bedeutung

zugemessen. An der Autonomie und Entwicklungsmöglichkeit, der Gesundheit und Sicherheit, dem Wohlstand und Glück des Einzelnen bemisst sich in wachsendem Maße ein „gutes“ Leben.

Soziale Ungleichheit ist dann gegeben, wenn Menschen über Bedingungen, Ausstattungen oder soziale Beziehungen verfügen, die es ihnen ermöglichen, ein – gemessen an den o. a. Kriterien – besseres

Leben zu führen als andere Menschen. Der Begriff soziale Ungleichheit bezieht sich also immer auf den (relativen) Vergleich mit der Lage anderer Menschen. Er wird in den Sozialwissenschaften also nicht als bloße Andersartigkeit, sondern als Besser- oder Schlechterstellung verstanden.

Von sozialer Ungleichheit wird nur dann gesprochen, wenn gesellschaftlich

strukturierte Disparitäten vorliegen. Entstehen Vor- und Nachteile zufällig (z. B. ein Lotteriegewinn), rein natürlich (z. B. eine angeborene Behinderung) oder persönlich (z. B. durch psychisch gestörte Eltern), so gelten sie nicht als soziale Ungleichheiten. Wohl aber kann eine soziale Ungleichheit dann zustande kommen, wenn eine Gesellschaft Menschen mit z. B. natürlichen Nachteilen diskriminiert.

In entwickelten Gesellschaften werden Bildung, Geld, Macht, Ansehen sowie Gesundheitsbedingungen als besonders wichtige Dimensionen sozialer Ungleichheit angesehen. Sie werden anhand der formalen Bildungsabschlüsse, Einkommen und Vermögen, Berufspositionen sowie Wohn- und Arbeitsbedingungen der Menschen empirisch ermittelt.

In anderen als entwickelten Gesellschaften waren bzw. sind andere Ungleichheiten als die genannten maßgebend. So war beispielsweise im Mittelalter Bildung für die meisten Menschen weit weniger wichtig als rechtliche Freiheit und Landbesitz. Und auch heute ist in vielen Gesellschaften militärische Macht oder die Zugehörigkeit zu einer reichen Familie maßgebend, nicht aber der erreichte Bildungsgrad oder die erworbene berufliche Stellung.

Vorteilhafte Lebensbedingungen, wie ein hohes Einkommen oder eine angesehene Berufsstellung, ermöglichen es, „gut“ zu leben, sichergestellt ist das nicht. Auch ein Leben im Reichtum kann elend verlaufen, beispielsweise aus gesundheitlichen Gründen, wegen Schicksalsschlägen in der Familie etc.

Im Alltag wird der Begriff „soziale Ungleichheit“ immer auch als „Ungerechtigkeit“ verstanden. Nicht so in den Sozialwissenschaften. Dort können Bildungs-, Einkommens- oder Vermögensdisparitäten

Ungerechtigkeiten darstellen, sie müssen es aber nicht. Das bleibt sozialwissenschaftlich zu untersuchen. Dabei kann sich herausstellen, dass z. B. bestimmte Einkommensabstände von vielen Menschen als durchaus gerecht angesehen werden (weil sie z. B. Ausbildungsabstände widerspiegeln), andere Disparitäten jedoch nicht.

## DIE VERTEILUNG SOZIALER UNGLEICHHEITEN IN DER BEVÖLKERUNG

Die Menschen nehmen im Hinblick auf ihre Ungleichheitsmerkmale eine höhere oder eine tiefere Position ein als viele Mitmenschen. Sie haben aber z. B. als Abiturient, als Bezieher eines mittleren Einkommens oder als Abteilungsleiter auch die gleichen Merkmale wie viele andere Mitmenschen. Sozialwissenschaftler ermitteln aufgrund dessen die Verteilung von Bildungsgraden, von Einkommens- und Vermögensklassen sowie von Berufsstellungen in der Gesellschaft. Mit Hilfe geeigneter Maße wird festgestellt, wie ungleich diese Verteilungen sind, ob sie gleicher oder ungleicher geworden sind etc. Diese Entwicklungen werden gesellschaftlich und politisch aufmerksam beobachtet und oft kontrovers diskutiert.

Menschen, die hinsichtlich ihres (Aus-) Bildungsabschlusses, ihres Einkommens und ihrer Berufsstellung – also in Bezug auf alle drei Ungleichheitsdimensionen zugleich – ähnlich eingestuft werden, gehören der gleichen *sozialen Schicht* an. Das Übereinander sozialer Schichten gibt im Wesentlichen die Berufshierarchie der (post-)industriellen Gesellschaften wieder.

Weitere folgenreiche soziale Ungleichheiten bestehen in (post-)industriellen Gesellschaften zwischen Geschlechtern, Altersgruppen, Zugewanderten und Einheimischen sowie zwischen Regionen. An den vielfältigen Ungleichheiten zwischen diesen Gruppierungen (wie zum Beispiel an den geringeren Einkommen von Frauen, an der finanziellen Belastung nachwachsender Generationen, an der Diskriminierung von Migranten oder an Infrastrukturmängeln auf dem Lande) entzündeten sich mindestens so viele gesellschaftliche und politische Konflikte wie an Schichtunterschieden. Diese Gruppierungen sind zugleich bedeutende Zielgruppen, wenn es um Fragen der Chancengleichheit geht (s. u.).

## WIRD DEUTSCHLAND UNGLEICHER?

Die Veränderung der Einkommensverteilung wird in Deutschland und in vielen anderen entwickelten Gesellschaften genau und kontinuierlich ermittelt. Da die Lebensbedingungen der meisten Menschen stark von ihren Einkommen abhängen, besagen diese Studien sehr viel über die Entwicklungstendenz sozialer Ungleichheit insgesamt.

Seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland lassen sich im Hinblick auf die Einkommensverteilung im Groben drei Phasen unterscheiden:

- Von der unmittelbaren Nachkriegszeit bis etwa zum Beginn der 1980er Jahre wurde die Verteilung der Einkommen (nicht jedoch der Vermögen) insgesamt langsam gleicher. Denn im Zuge des „Wirtschaftswunders“ schrumpfte die Zahl der armen Menschen, und die Mittelschicht nahm allmählich zu.

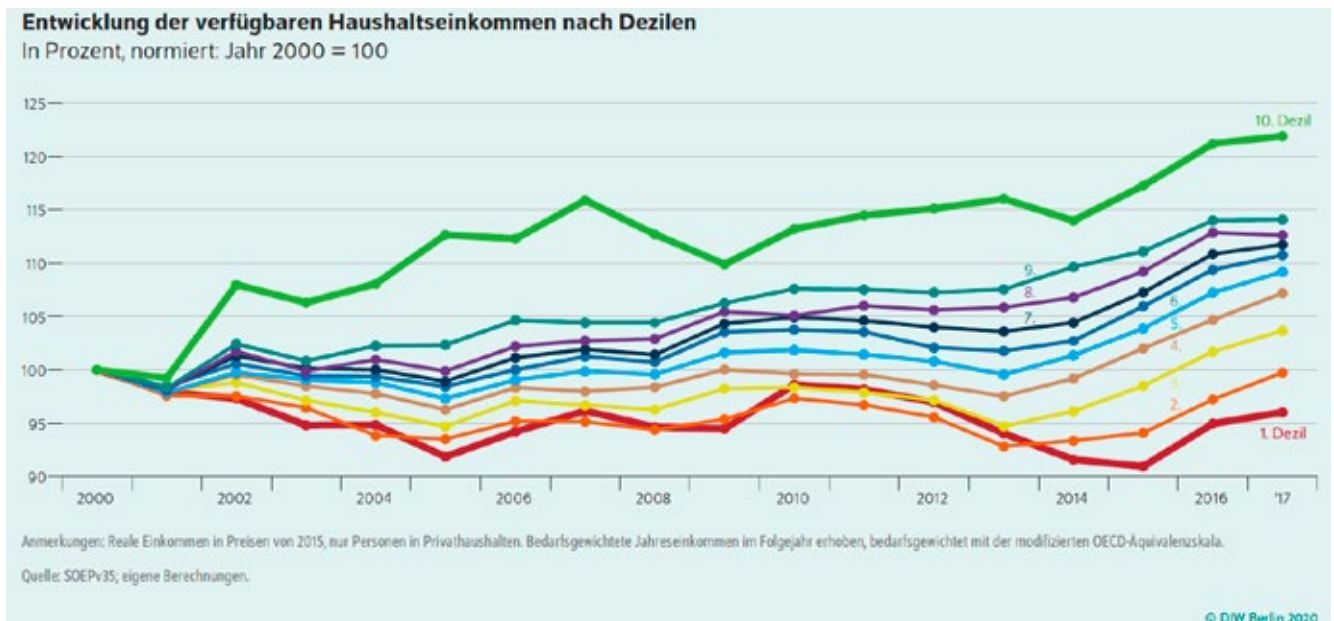


Abb. 2 „Entwicklung der verfügbaren Haushaltseinkommen nach Dezilen“ © aus der Veröffentlichung: „Realeinkommen steigen, Quote der Niedrigeinkommen sinkt in einzelnen Altersgruppen“, Markus M. Grabka, Jan Goebel, in: DIW Wochenbericht. 87 (2020), 18, S. 320., [https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw\\_01.c.785855.de/2018\\_1.pdf](https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.785855.de/2018_1.pdf) (25.08.2021)

- Seit den 1980er Jahren bis zum Jahre 2005 wurde die Einkommensverteilung jedoch ungleicher. Die Spanne zwischen den höchsten und den niedrigsten Einkommen ging auseinander. Die Bevölkerungsanteile armer und gering verdienender Menschen wuchsen.

„Seit den 1980er Jahren bis zum Jahre 2005 wurde die Einkommensverteilung jedoch ungleicher.“

Der erste und wichtigste Grund hierfür lag im treppenförmigen Anstieg der Arbeitslosigkeit. Denn die geburtenstarken Jahrgänge sowie immer mehr Frauen und Migranten drängten auf den Arbeitsmarkt und viele Arbeitsplätze in der Industrie fielen weg. Sie wurden in Länder mit niedrigeren Lohnkosten verlagert oder durch Automatisierung überflüssig. Zwar wurde versucht, die Wirtschaft Deutschlands mit einer angebotsorientierten, investitions- und unternehmensfreundlichen Wirtschaftspolitik international konkurrenzfähig zu halten, um hierzulande neue Arbeitsplätze zu schaffen und die wachsende Nachfrage nach ihnen zu befriedigen. Dies gelang auch in gewissem Maße. Aber die Begünstigung

von Investoren und Unternehmern war der zweite Grund, der die Ungleichheit der Einkommen vermehrte. Drittens nahm die Zahl gutverdienender Menschen zu, weil im Zuge der Globalisierung und Digitalisierung immer mehr hoch qualifizierte Arbeitskräfte gebraucht und diese immer besser bezahlt wurden. Infolge dieser drei Entwicklungen schrumpfte zweitweise die Mittelschicht. Auf ihre Zunahme hatte sich zuvor in Deutschland (wie in anderen Industriegesellschaften) während der gesamten Nachkriegszeit der Stolz und die Zuversicht der Menschen gegründet (Lutz, 1989).

- Seit 2005 sind in Deutschland immer weniger Menschen arbeitslos. Denn nur noch geburtenstarkere Jahrgänge gelangen auf den Arbeitsmarkt und dank guter Konjunktur werden viele Arbeitskräfte benötigt. Die Einkommensungleichheit steigt nicht weiter, sondern bleibt konstant auf dem gestiegenen Niveau. (Niehus, 2020, S. 44; Bundeszentrale 2021, S. 232)

Hinter dieser Gesamtentwicklung von 2005 bis heute stehen unterschiedliche Tendenzen:

Die Zahl armer Menschen und die Höhe ihrer Einkommen bleiben etwa auf dem erreichten Stand. Trotz Arbeitskräftemangel im Ganzen ist weiterhin fast ein Fünftel der gering Qualifizierten ohne Arbeit (Bundeszentrale, 2021, S. 233; Röttger e. a., 2019).

### INFORMATION

Als **einkommensarm** gelten üblicherweise jene Menschen, deren bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-Haushaltseinkommen (Äquivalenzeinkommen) weniger als 60 Prozent des Medians der Verteilung aller Einkommen beträgt. Der **Median** ist dabei der Einkommenswert derjenigen Person, die die Bevölkerung genau in zwei Hälften teilt. Das heißt, die eine Hälfte hat ein höheres, die andere ein niedrigeres gewichtetes Einkommen.

Hier machen sich die teils hohe Zuwanderung gering Qualifizierter und der weitergehende Wegfall vieler Arbeitsplätze für Unqualifizierte bemerkbar.

Die Einkommensschicht der unteren Mitte (typischerweise Facharbeiter und Angestellte mit Routineaufgaben) schrumpft langsam. Ihre Einkommen steigen allmählich. Ihr Arbeitslosigkeitsrisiko ist gering.

Die Zahl der Einkommensbezieher der oberen Mitte (das sind mehrheitlich akademisch gebildete Angestellte und Beamte) nimmt deutlich zu, ebenso ihre Einkommen. Denn immer mehr gut qualifizierte Kräfte werden gebraucht. Trotz Bildungsexpansion reicht aber das Angebot an solchen Arbeitskräften angesichts nun geburtenstarkere Jahrgänge nicht aus.

Spitzeneinkommen werden immer häufiger. Ihre Höhe übersteigt immer

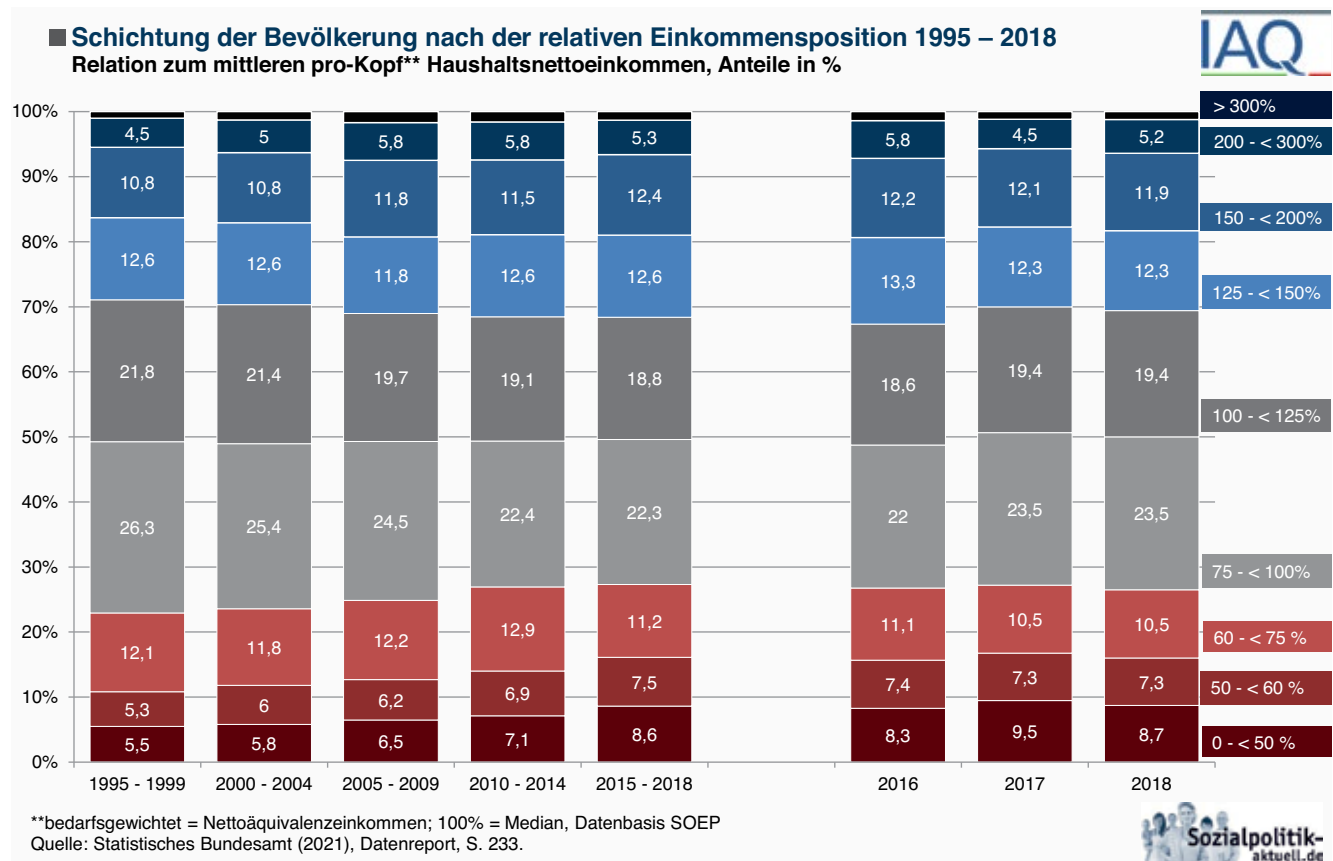


Abb. 3 „Schichtung der Bevölkerung nach der relativen Einkommensposition 1995 - 2018“ © www.sozialpolitik-aktuell.de (25.08.2021),  
Quelle: Statistisches Bundesamt (2021), Datenreport, S. 233

mehr die Einkommen der übrigen Bevölkerung.

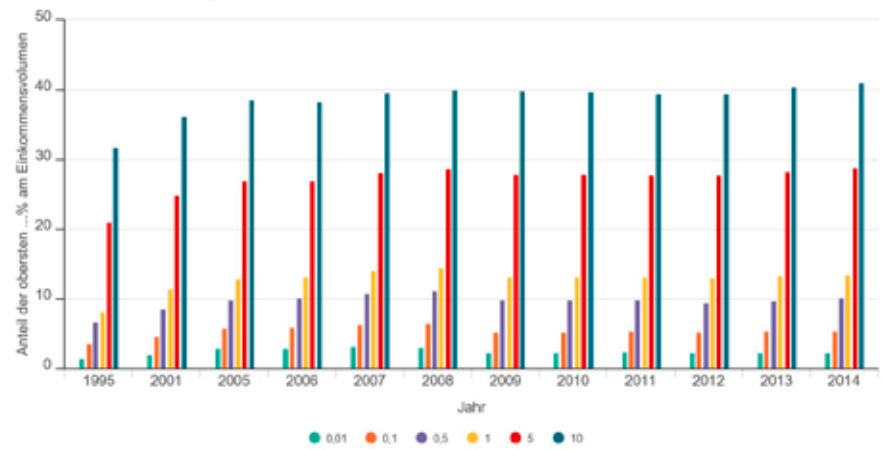
Inwieweit die Corona-Pandemie der Jahre 2020 und 2021 sich auf das Gefüge sozialer Ungleichheit auswirkt, ließ sich zum Zeitpunkt der Anfertigung dieser Einleitung noch nicht feststellen.

## INWIEFERN GELTEN SOZIALE UNGLEICHHEITEN ALS GERECHT?

Gleich sollen und wollen moderne entwickelte Gesellschaften sein, was die staatsbürgerlichen Rechte der Menschen betrifft. Ansonsten beanspruchen entwickelte Gesellschaften jedoch nicht, gleiche Gesellschaften zu sein. Wohl aber streben sie an, nur *legitime* Ungleichheiten aufzuweisen. Als legitim gilt die ungleiche Verteilung eines wertvollen Gutes (z. B. des beruflichen Einkommens oder der Gesundheitsversorgung) dann, wenn sie als gerecht angesehen wird, weil ihrer Verteilung bekannte und wirksame Regeln zugrunde liegen, die von vielen Menschen akzeptiert werden. Das ist vor allem dann der Fall, wenn die Verteilungsmuster einem der folgenden Typen sozialer Gerechtigkeit entsprechen (Hradil 2013, S. 177ff):

- Gemäß der *Leistungsgerechtigkeit* sollen Menschen so viel erhalten, wie sie persönlich beitragen, um kollektive Ziele zu erreichen. Konzepte der Leistungsgerechtigkeit sehen also ungleiche Belohnungen vor, um die Menschen für ihre ungleiche Bemühung und/oder Effektivität zu entschädigen, sie zu weiterer Anstrengung zu motivieren und so für alle Menschen bessere Lebensbedingungen zu erreichen. Ein Ingenieur mit Studienabschluss soll mehr verdienen als ein angelernter Arbeiter.

Einkommensanteil der Spitzenverdiener



© Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Abb. 5 „Einkommensanteil der Spitzenverdiener“ © Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Lebenslagen in Deutschland. Der Sechste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Quelle: World Inequality Database

- Als *bedarfsgerecht* gelten Verteilungen, die dem „objektiven“ Bedarf von Menschen gerecht werden, insbesondere ihren Mindestbedarf berücksichtigen. Dem entsprechen zum Beispiel die Steuerklassen des Einkommensteuerrechts oder die Leistungen zur sozialen Mindestsicherung. Dahinter steht die Absicht, den Grundbedarf auch der weniger oder nicht leistungsfähigen Kranken, Alten, Kinder etc. zu decken.
- Der *egalitären* Gerechtigkeit zufolge sollen wertvolle Güter möglichst gleich verteilt oder wenigstens nur in einer engen Bandbreite ungleich verteilt werden. Daher gelten aus dieser Sicht z. B. bestimmte Managergehälter oder Kapitaleinkünfte allein aufgrund ihrer enormen Höhe als ungerecht, ebenso eine Gesundheitsversorgung, in der nicht alle Menschen gleich gut behandelt werden.

Im Denken der Bevölkerung finden sich also *mehrere* und nicht nur eine Vorstellung von sozialer Gerechtigkeit. Manchmal hängt ein Mensch einem bestimmten Gerechtigkeitstypus besonders intensiv an. In der Regel finden sich jedoch mehrere Typen im Denken desselben Menschen, häufig vage und nicht selten vermischt.

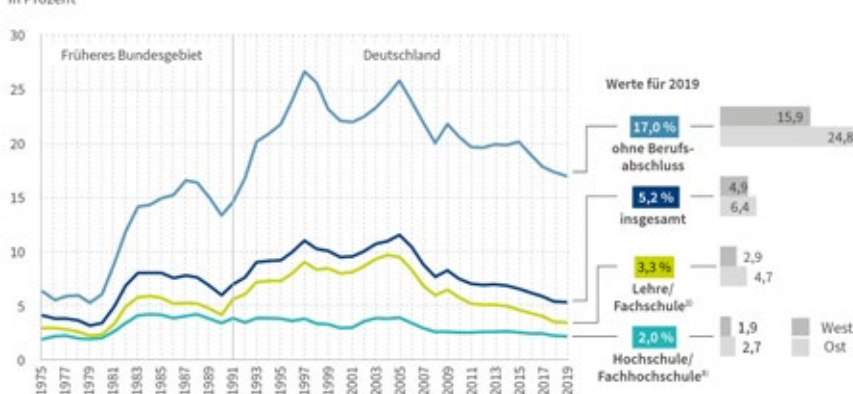
Dennoch sind die Grundtypen sozialer Gerechtigkeit nicht alle vereinbar. So implizieren die Gedanken der Leistungsgerechtigkeit und der Bedarfsgerechtigkeit (z. B. für Behinderte unterschiedlichen Grades) *ungleich* hohe Zuwendungen, nicht aber das Konzept der Gleichheitsgerechtigkeit.

Trotz oder gerade wegen dieser Widersprüche besteht weitgehende Einigkeit darüber, dass in bestimmten Einrichtungen jeweils ein Gerechtigkeitstypus dominieren sollte. Hiernach ist in Universitäten und im Arbeitsleben die Leistungsgerechtigkeit angemessen, in caritativen Einrichtungen sollte das Bedürfnisprinzip vorherrschen, die soziale Grundversicherung sollte im Kern für alle gleich hoch ausfallen. Freilich weiß jeder, der in einem der erwähnten Bereiche arbeitet, wie komplex sich Gerechtigkeitsfragen im Einzelfall darstellen. Sollten z. B. die mittelmäßigen Seminararbeiten eines deutschen Professorensohnes und einer kürzlich zugewanderten Migrantentochter beide mit der Note 3 bewertet werden?

In entwickelten Gesellschaften finden fortlaufend Diskurse und Auseinandersetzungen um die Geltung von Prinzipien sozialer Gerechtigkeit statt. Deren Weiterentwicklung ist ein Kernelement von Demokratie. Nicht zuletzt definieren sich politische Parteien über ihre Nähe zu einzelnen Gerechtigkeitstypen. Vereinfacht dargestellt, fordert *Die Linke* besonders stark egalitäre Gerechtigkeit, die *SPD* Bedarfsgerechtigkeit und die *FDP* Leistungsgerechtigkeit.

Qualifikationsspezifische Arbeitslosenquoten<sup>1)</sup> in Deutschland 1975 bis 2019

In Prozent



<sup>1)</sup> Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen gleicher Qualifikation (Arbeitslose plus Erwerbstätige, ohne Auszubildende) in Prozent; Erwerbstätige „ohne Angaben“ zum Berufsabschluss werden nach dem Mikrozensus je Altersklasse und Geschlecht proportional auf alle Qualifikationsgruppen verteilt; Die Erwerbstätigenzahl bezieht sich bis 2004 jeweils auf den Bestand im April, ab 2005 sind es Jahresdurchschnitte.

<sup>2)</sup> ohne Verwaltungsfachhochschulen

<sup>3)</sup> einschließlich Verwaltungsfachhochschulen

Anmerkung: Die hier angegebenen Quoten sind auf Grund einer abweichenden Datenbasis nicht amtlich.

Quelle: IAB-Berechnungen auf Basis Mikrozensus und Strukturerhebungen der BA. © IAB

Abb. 4 „Qualifikationsspezifische Arbeitslosenquoten“ © Aktuelle Daten und Indikatoren, IAB 3.9.2020, [https://doku.iab.de/arbeitsmarktdaten/Qualo\\_2020.pdf](https://doku.iab.de/arbeitsmarktdaten/Qualo_2020.pdf) (25.08.2021)

## DIE GESELLSCHAFTLICHE UND POLITISCHE BEDEUTUNG WACHSENDER UNGLEICHHEIT

Wenn soziale Ungleichheiten nur dann existieren sollen, wenn sie als gerecht empfunden werden, sie aber in Deutschland mindestens 20 Jahre lang deutlich zugenommen haben – in vielen anderen industriellen und postindustriellen Gesellschaften noch wesentlich länger – dann fragt man sich, welche Folgen dies hatte. Wurden die wachsenden Ungleichheiten in zunehmendem Maße als ungerecht angesehen? Löste sich der gesellschaftliche Zusammenhalt? Häuften sich Proteste und Widerstand (vgl. Hradil, 2015)?

Vor allem die lange Zeit wachsende Armut, aber auch der weiterhin zunehmende Reichtum ließen Zweifel in der deutschen Bevölkerung wachsen, ob diese Entwicklungen noch als „gerecht“ gelten können, insbesondere ob sie *leistungsgerecht* sind. Dabei wurde auch immer deutlicher, dass in arbeitsteiligen, pluralen Gesellschaften die individuelle Leistung kaum noch exakt definiert und gemessen werden kann und dass sich die Extrempositionen finanzieller Ungleichheit jedem Versuch entziehen, sie mit irgendeinem Leistungskriterium zu legitimieren.

Dies wurde auch immer seltener versucht. Wenn überhaupt eine Legitimation zum Beispiel für exorbitante Managergehälter oder für Arbeitslosigkeit und Niedrigeinkommen beansprucht wurde, dann wurde auf den *Markt* statt auf die Leistung verwiesen. Dessen Legitimationskraft bezieht sich freilich auf andere

Zielvorstellungen als auf die Gerechtigkeit. Niemand, auch kein Liberaler, behauptet ernsthaft, der Markt sei gerecht. Er gilt aber als produktiv und als innovativ. Und das Argument, dass bestimmte Menschen auf Märkten – und sei es durch Glück oder ererbtes Vermögen – viel, andere Menschen jedoch kaum verkaufsfähige Güter oder Dienstleistungen bereitstellen und damit Wirtschaftsleistung, Arbeitsplätze und Wohlstand mehren, legitimiert ungleiche Einkommen. Nur ist das nicht mit Leistungsgerechtigkeit gleichzusetzen.

Es zeigte sich also, dass großen Teilen der Bevölkerung andere Ziele mindestens ebenso wichtig waren wie soziale Gerechtigkeit. Dazu gehörten angesichts früherer Massenarbeitslosigkeit und gewachsener Armut vor allem gute Beschäftigungschancen und steigende Realeinkommen. Daher erstaunt es nicht, dass große Teile der Bevölkerung auf Ungleichheit und Ungerechtigkeit mit Achselzucken reagierten. Bestrebungen nach mehr sozialer Gerechtigkeit zahlten sich bisher für die Parteien, die sie verfochten, an der Wahlurne nicht aus.

Ganz wirkungslos blieb die gewachsene soziale Ungleichheit freilich nicht. Erneut bestätigte sich die alte Erfahrung, dass vehemente politische Reaktionen vor allem von den mittleren Schichten ausgehen, die sich bedroht oder schon im Abstieg begriffen sehen. Der Rechtspopulismus, der in Deutschland die AfD, in Frankreich den Front National (2018 umbenannt in: Rassemblement National), in Italien die Lega Nord und in anderen Ländern entsprechende Parteien gestärkt hat, fand seinen Nährboden nicht nur, aber mit einem gewissen Schwergewicht in

der unteren Mittelschicht. Anders als die akademisch qualifizierte obere Mittelschicht fanden sich in der unteren nicht die Gewinner, sondern die relativen Verlierer der Globalisierung, mit der sie beruflich meist nur indirekt in Berührung kamen. Sie sahen sich durch die gewachsene internationale Verflechtung zwar nicht existenziell bedroht wie viele Geringqualifizierte. Wohl aber spürten sie, dass ihre Entlohnungen und Aufstiegsmöglichkeiten deutlich hinter denen der oberen Mittelschicht zurückblieben.

Angesichts dieser für sie latent bedrohlichen Entwicklungen klammerten sich die konservativen Milieus der unteren Mittelschicht und auch anderer Schichten an ihre Werte, besonders an überkommene deutsche Traditionen und an ihre Heimatverwurzelung. Sie unterschieden sich dadurch immer deutlicher von den kosmopolitischen Einstellungen der globalisierten oberen Schichten. Die nun allerorten anzutreffenden „fremden“ Sitten, Religionen, Sprachen und Kleidungen von Migranten ließen in Teilen der unteren Mittelschicht – aber nicht nur dort – den Eindruck entstehen, dass Deutschland nicht mehr „unser Land“ ist und führten zu heftigen politischen Reaktionen.

## WAS VERSTEHT MAN UNTER CHANCEN- UNGLEICHHEIT?

Das Gefühl, von wesentlichen Entwicklungen und Aufstiegswegen ausgeschlossen zu sein, ist eine Facette der Chancenungleichheit. Sie ist begrifflich deutlich

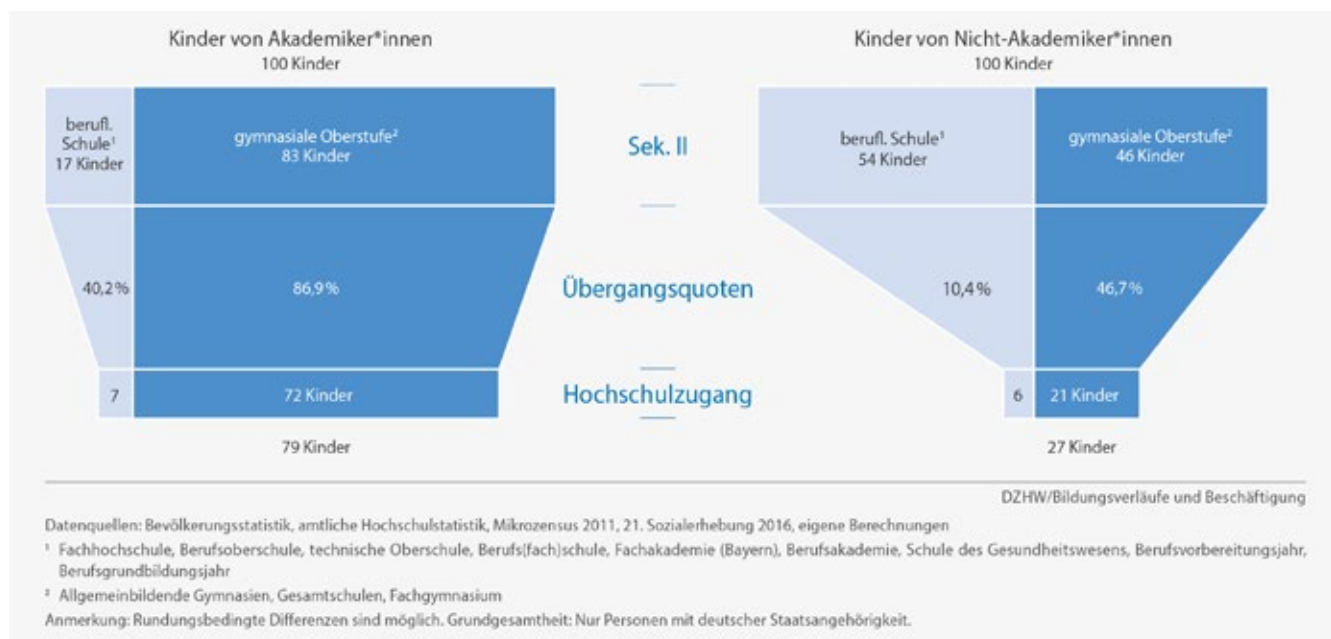


Abb. 6 „Bildungstrichter 2016: Schematische Darstellung sozialer Selektion – Bildungsbeteiligung nach Bildungsstatus im Elternhaus“ © Midden-dorff, E., Apolinarski, B., Becker, K., Bornkessel, P., Brandt, T., Heißenberg, S. & Poskowsky, J. (2017): Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in Deutschland 2016. 21. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks – durchgeführt vom Deutschen Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung. Berlin: Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF).

von der zuvor dargestellten Verteilungsungleichheit zu unterscheiden. Faktisch ergeben sich freilich viele Zusammenhänge.

*Verteilungsungleichheit* meint die ungleiche Verteilung wertvoller Ressourcen (z. B. des Einkommens), oder (un-)vorteilhafter Lebens- und Arbeitsbedingungen (z. B. ungesunde Arbeitsplätze) in der Bevölkerung insgesamt. Mit *Chancenungleichheit* bezeichnet man die ungleichen Möglichkeiten bestimmter Bevölkerungsgruppen (zum Beispiel von Mitgliedern unterer Schichten, von Frauen oder von Migrantinnen), vorteilhafte Stellen innerhalb solcher Verteilungen zu erlangen (zum Beispiel höhere Bildungsgrade zu erreichen, hohe Einkommen zu erzielen oder in eine Führungsposition aufzurücken).

Der Begriff Chancenungleichheit richtet sich auf die Chancen von sozialen *Gruppierungen* und nicht notwendigerweise aller ihrer Individuen. Die Chancen der Einzelnen können auch bei vorteilhaften sozialen Bedingungen von manchen persönlichen Umständen beeinträchtigt sein, beispielsweise von per-

*„Verteilungsungleichheiten bedingen häufig Chancenungleichheiten.“*

sönlichen Eigenschaften oder der Scheidung der Eltern, von der eigenen Gesundheit, von biografischen Wechselfällen etc. Umgekehrt kann die persönliche Förderung eines Kindes mit schlechten sozialen Bedingungen Wunder bewirken.

*Verteilungsungleichheiten* bestehen dann, wenn knappe, begehrte Güter (z. B. Bildungsabschlüsse oder Einkommen) in der Bevölkerung insgesamt ungleich verteilt sind. *Chancenungleichheiten* liegen dagegen dann vor, wenn die Erreichung (un)vorteilhafter Plätze in solchen Verteilungen von der Zugehörigkeit zu bestimmten Bevölkerungsgruppen abhängt, wenn z. B. berufliche Spitzeneinkommen nur selten von Frauen erzielt werden (*ausführlich: Berger, 2019*).

Im Gegensatz zur „statischen“ Feststellung der jeweiligen sozialen Lage von Menschen im Rahmen von Verteilungsungleichheiten richtet sich das Konzept der Chancenungleichheit immer auch auf die jeweiligen „dynamischen“ Möglichkeiten, in einer bestimmten sozialen Lage zu verharren oder aus ihr herauszukommen und ggf. die Fertigkeiten hierzu zu erwerben.

Verteilungsungleichheiten bedingen häufig Chancenungleichheiten. So gefährdet die gewachsene Armut von Kindern deren Bildungs- und Berufschancen. Chancenungleichheiten verschärfen wiederum häufig Verteilungsungleichheiten, wenn nicht konjunkturelle, demografi-



Abb. 7 „Hartz-IV-Sanktionen“ © picture alliance / dieKLEINERT.de / Kostas Koufogiorgos

sche, politische o. ä. Faktoren entgegenwirken. Dies ist insbesondere dann zu erwarten, wenn Chancenungleichheiten lange andauern.

Die Erfahrung der letzten Jahrzehnte zeigt, dass Chancenungleichheiten (z. B. schlechte Bildungschancen von Migrantinnen oder geringe berufliche Aufstiegschancen von Frauen) mindestens so viel gesellschaftspolitischen Zündstoff wie Verteilungsungleichheiten in sich bergen. Sie wurden heftiger diskutiert als z. B. die lange gewachsene Armut und der zunehmende Reichtum.

Es ist übrigens kein Zufall, sondern eher die Regel, dass nicht in Zeiten steigender Chancenungleichheit, sondern ausgerechnet in Zeiten sinkender Chancenungleichheit besonders *heftige kritische Diskussionen* um sie entbrennen. So stehen heute die fortbestehenden Ungleichheiten zwischen Männern und Frauen besonders heftig in der Kritik, obwohl – oder gerade weil – sie nachweislich sinken. Denn der Kampf gegen diese Ungleichheit und die dadurch steigende öffentliche Aufmerksamkeit heizt öffentliche Konflikte um verbleibende Disparitäten an. Dieses Paradoxon entdeckte Alexis de Tocqueville schon im Jahre 1835 bei seinen Reisen durch die USA (*de Tocqueville, 1835*).

## ALLE FORDERN CHANGENGLEICHHEIT

Mehr Chancengleichheit in Bildung und Beruf wird von Sozialwissenschaftlern schon seit vielen Jahrzehnten gefordert. Der öffentliche Diskurs nahm das lange zur Kenntnis, ging dann jedoch regelmäßig zur Tagesordnung über. Die meisten Menschen – Politiker aller Couleur eingeschlossen – akzeptierten zwar, dass hier ein Missstand vorliegt, zuckten dann aber mit den Achseln. In den Schulen und Hochschulen blieb daher bis vor wenigen

Jahren weitgehend alles beim Alten. Die Erfolge von Kindern aus unteren Schichten und vieler Kinder mit Migrationshintergrund blieben bescheiden.

Das änderte sich nach der Jahrtausendwende allmählich. Denn aus den geburtschwachen Jahrgängen gelangten immer weniger Bewerber auf den Arbeitsmarkt. Dadurch wurden qualifizierte Kräfte zur gesuchten Mangelware. Demgegenüber gab es gering qualifizierte Erwerbspersonen weiterhin genug, weil deren Arbeitsplätze oft wegfielen und Zuwanderer oft wenig qualifiziert waren. In den Unternehmen wurden die begehrten Fachkräfte immer besser entlohnt. Mehr Zustrom erhoffte man sich nicht zuletzt aus den bildungsfernen Milieus der unteren Schichten. Angesichts der allgemeinen Knappheit an Fachkräften und Hochqualifizierten stellten solche Schüler für die besser gestellten Kinder auch keine Konkurrenz mehr dar.

In letzter Zeit erleben daher Forderungen nach Chancengleichheit eine regelrechte Hochkonjunktur. Alle fordern Chancengleichheit. Und tatsächlich werden auch immer mehr Maßnahmen zur schulischen Integration von benachteiligten Kindern umgesetzt. Allmählich, wenn auch im Zeitlupentempo, stellen sich auch mehr Schulerfolge und berufliche Aufstiege von Kindern aus unteren Schichten ein. Die Realisierung der Chancengleichheit macht langsam Fortschritte.

## WER CHANGENGLEICHHEIT SAGT, MUSS AUCH LEISTUNGSPRINZIP UND UNGLEICHHEIT SAGEN

Die Idee der Chancengleichheit wird immer mehr zur gängigen, sofort akzeptierten, aber wenig bedachten Forderung. Daher sollten wir uns vergewen-

wärtigen, dass sie auch unausgesprochene Aspekte, Risiken und Schattenseiten aufweist.

Als ideale Zielvorstellung gilt dabei die sog. „proportionale Chancengleichheit“. Hiernach sollte auf jeder Stufe des Bildungswesens und der Berufswelt der Personenanteil aus allen Schichten, Ethnien und Geschlechtern genau so groß sein wie in der Bevölkerung. Also: Die Hälfte aller Direktoren und Vorstände sollte weiblich sein, die Eltern nur eines Viertels aller Hauptschüler sollten un- und angelernte Erwerbstätige sein usw. Da es in keinem Land der Welt bisher gelang, eine „proportionale Chancengleichheit“ in wesentlichen Bereichen zu verwirklichen, gilt diese Vorstellung allenfalls als Zielvorstellung mit Realisierungsanspruch, was den Frauenanteil betrifft, ansonsten aber lediglich als Ideal und Messlatte. Manche ziehen deshalb den nicht quantifizierenden Begriff „Chancengerechtigkeit“ vor. Sie ziehen damit allerdings Vagheit auf der normativen Ebene (s. die obenstehenden Ausführungen zur Unterschiedlichkeit der Gerechtigkeitsvorstellungen) den unrealistischen Erwartungen vor, die der Begriff „Chancengleichheit“ in quantitativer Hinsicht weckt.

Sieht man von frühkindlichen Förderungen und kompensatorischen Ausgleichsmaßnahmen ab, so ist im Begriff Chancengleichheit immer ein bestimmtes Kriterium enthalten, nach dem Erfolge oder Misserfolge an die Einzelnen vergeben werden sollen. Dieses Kriterium soll nach einhelliger Vorstellung die individuelle „Leistung“ sein. Die Liste der Einwände gegen den Begriff „Leis-

*„Unten droht den Unterlegenen in einer chancen-gleichen Leistungsgesellschaft, dass ihnen weder Selbstachtung noch Respekt verbleiben.“*

tung“ ist indessen lang. Wenige Fragen genügen, um klar zu machen, wie problematisch das Kriterium Leistung ist: Wie abhängig ist die individuelle Leistung von Vorbedingungen, wie etwa von der Förderung im Elternhaus, von der lokalen, ethnischen oder religiösen Anregung? Inwieweit ist die individuelle Leistung in einer arbeitsteiligen, kooperativen Schul- und Berufswelt überhaupt noch isolierbar? Ist mit „Leistung“ der Input (Anstrengung, Zuverlässigkeit, Überwindung von Hindernissen etc.) oder der Output (Testergebnisse, Verkaufszahlen, Gewinn etc.) gemeint? Vielen Analytikern gilt der Begriff Leistung angesichts dieser und anderer Unklarheiten daher als Leerformel, wenn auch als eine weithin funktionale.

Problematischer noch ist die Konkurrenz um ungleich große Belohnungen, die mit den Konzepten der Chancengleichheit und der individuellen Leistung untrennbar verbunden ist. Von der



Abb. 8 „Tafelservice“ © picture alliance / dieKLEINERT.de / Agostino Natale

gleichen Chance zu sprechen, dass sich die jeweils Leistungsfähigeren durchsetzen, ohne Wettrennen um ungleich hohe Siegerprämien mitzudenken, macht keinen Sinn. Wer eine Leistungsgesellschaft will, in der die individuelle Leistung als generelles Prinzip der Zuweisung und Rechtfertigung von Noten, Berufsstellungen, Einkommenshöhen etc. dienen soll, muss auch Arenen wollen, die Gewinner und Verlierer als Ungleiche verlassen.

Die eben erwähnten Implikationen des Leistungsprinzips spielen aber derzeit in der öffentlichen Diskussion kaum

in Schule und Beruf viel häufiger verliert, als es sein müsste. Diese Kritik ist weithin berechtigt. Auf die Art der Wettrennen, auf die Ungleichheit der Belohnungen und auf die Folgen dieser Inszenierungen wird in der Regel jedoch nicht geachtet.

## DIE KOLLATERALSCHÄDEN DER CHANCENGLEICHHEIT

Je konsequenter Chancengleichheit in Bildung, Beruf, Politik und persönlichem Umgang umgesetzt wird, desto größer wird mit den Gewinnen an Leistung auch das Risiko bedrohlicher Entwicklungen.

Erfolgreiche sind versucht anzunehmen, nur ihre Anstrengungen und ihre Begabung hätten ihre hervorragenden Bewertungen und ihren steilen Aufstieg bewirkt. Sie vergessen darüber, dass Begabung kein persönliches Verdienst ist, dass ihnen die Motivation für Anstrengungen weithin von Eltern und Lehrern vermittelt wurde und ihnen oftmals der schiere Zufall half, zur rechten Zeit mit dem rechten Angebot an der rechten Stelle zu sein. Das erzeugt nicht selten Überheblichkeit und Maßlosigkeit gerade unter Leistungsträgern. Infolgedessen droht die soziale Ungleichheit, aber auch die Verachtung und die Unnachsichtigkeit gegenüber denjenigen zu steigen, die weniger zu leisten imstande sind (vgl. M. Young, 1958; Sandel, 2020).

Für Eltern aus der privilegierten „Elite“ und der aufstrebenden Mitte der Gesellschaft wirkt sich eine chancengleiche Leistungsgesellschaft infolge der allgegenwärtigen Konkurrenz oft erdrückend aus. Diese Schäden würden noch gesteigert, wenn in Deutschland zum schon bestehenden, nicht selten hysterischen Wettkampf um Gymnasialzulassungen und Abiturnoten in Zukunft auch noch

die Konkurrenz um Studienplätze an den angestrebten Spitzenuniversitäten dazu-käme. Die Auswüchse, die in Frankreich um den Zugang zu den „Grandes Écoles“ und in den USA um Studienplätze in Uni-versitäten der „Ivy League“ zu beobachten sind, verheißen nichts Gutes. „Diejenigen, die auf dem Schlachtfeld der Leistungs-gesellschaft siegen, kehren triumphie-rend, aber verwundet zurück“ (*Sandel, 2020, S. 288*).

„Unten“ droht den Unterlegenen in ei-ner chancengleichen Leistungsgesell-schaft, dass ihnen weder Selbstachtung noch Respekt verbleiben. Nachdem Be-nachteiligungen durch Vorurteile und Diskriminierungen als Entlastungs-gründe kaum mehr in Frage kommen, können Erfolglose nur noch die eigene Unzulänglichkeit für ihre Misserfolge verantwortlich machen.

## LEISTUNGSGESELL-SCHAFTEN BENÖTIGEN EINEN „FUSSBODEN“ UND EINE „DECKE“

Die zuletzt dargestellten Bedrohungen werden sich nie völlig vermeiden las-sen. Es gibt nichts umsonst, auch nicht die Vorteile einer chancengleichen Leistungsgesellschaft. Wer den An-sporn, die hohe Produktivität, die Inno-vationen und das Gefühl der Menschen will, in einer gerechten Gesellschaft zu leben, der muss auch Konkurrenz, un-gleiche Belohnungen und Verlierer in Kauf nehmen. Es wird aber entschei-

dend von der Ausgestaltung des Wett-bewerbs sowie den Lebens- und Ar-beitsbedingungen nicht zuletzt der Verlierer abhängen, wie stark sich die Kehrseite einer chancengleichen Lei-stungsgesellschaft bemerkbar macht.

Was das Lebensumfeld der Menschen be-trifft, so wird alles die Härten mindern, was

- die Arbeit der weniger Erfolgreichen aufwertet, insbesondere Ausbil-dungs- und Weiterbildungsmöglich-keiten für sie sowie eine bedarfsde-ckende Mindestentlohnung.
- weitmögliche Gleichheit der Le-bensvoraussetzungen vor allem des Wohnens, des Lernens, der Gesund-heitsversorgung und der Mobilität schafft.
- öffentliche Orte erhält und ausbaut, an denen Menschen aller Schichten, Ethnien und Glaubensrichtungen zu-sammenkommen.
- auch den Gewinnern der Chancen-gleichheit immer wieder vor Augen führt, wie sehr die Gesellschaft von ihnen Respekt für weniger Erfolgrei-che, finanzielle Beiträge für das Ge-meinwesen, persönliches Engage-ment und eine gewisse Demut erwartet: „Das hätte auch mir passie-ren können, wenn nicht die Gnade Gottes, der Zufall der Geburt oder das Mysterium des Schicksals mich da-vor bewahrt hätte“ (*Sandel, S. 2020, 362*).

Vor vielen Jahrzehnten schon hat Ralf Dahrendorf (1957) in diesem Sinne fest-gestellt, dass moderne Gesellschaften ei-nen „Fußboden“ und eine „Decke“ benö-tigen.

## DIE BEWAHRUNG DES GESELLSCHAFTLICHEN ZUSAMMENHALTS

Der Zusammenhalt freiheitlicher, plura-listischer, globalisierter Gesellschaften ist zerbrechlich. Sie werden nicht durch Zwang vereint wie autoritäre Gesell-schaften. Ihre Vielfalt wird nicht länger durch einen Konsens sichergestellt, sie werden nicht durch eine gemeinsame Kultur, Sprache oder Religion „mecha-nisch“ integriert, wie das typischerwei-se in traditionellen Gesellschaften der Fall ist. In einer globalisierten und durch Gegensätze geprägten Welt wer-den sie aber auch nicht, wie das Theo-retiker der Industriegesellschaft (*Durk-heim, 1893*) einst meinten, durch die Unterschiedlichkeit erfüllter Aufgaben und das gegenseitige Aufeinander-an-gewiesen-Sein „organisch“ zusammen-gefügt.

Erheblichen sozialen Zusammenhalt kann jedoch die Überzeugung der Men-schen bewirken, dass alle faire Chancen haben, entsprechend der eigenen Tüch-tigkeit aufzusteigen, alle aber auch bei Trägheit oder Untüchtigkeit absteigen müssen, dass sie dabei aber nicht ins Bodenlose fallen oder maßlose Sieger ertragen müssen. Diese Wahrnehmung motiviert die Menschen in der Arbeit und bei der Gestaltung ihres Lebens und gibt ihnen das Gefühl, in einer gerech-ten Gesellschaft zu leben. So gestaltet sind chancengleiche Leistungsgesell-schaften nicht nur eine Quelle der Pro-duktivität und der Innovation, sondern auch der Integration.

### LITERATURHINWEISE

Berger, Johannes (2019): Wirtschaftliche Ungleichheit. Zwölf Vorlesungen, Wiesbaden.

Bundeszentrale für Politische Bildung (Hrsg.) (2021): Datenreport 2021. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland, Bonn.

Dahrendorf, Ralf (1957): Soziale Klassen und Klassenkonflikt in der industriellen Gesellschaft, Stuttgart.

Durkheim, Émile (1893): De la division du travail social, Paris.

Hartmann, Michael (2002): Der Mythos von den Leistungseliten, Frankfurt am Main.

Hradil, Stefan (unter Mitarbeit von Jürgen Schiener) (2005): Soziale Ungleichheit in Deutschland, 8., neu bearb. Aufl., Opladen: Leske + Budrich.

Hradil, Stefan (Hrsg., in Zusammenar-beit mit Adalbert Hepp) (2013): Deutsche Verhältnisse. Eine Sozialkunde, Frank-furt am Main.

Hradil, Stefan (2015): Leistung, Markt oder Macht?, In: Soziologische Revue 2015; 38(4): S. 515-52.

Lutz, Burkart (1989): Der kurze Traum immerwährender Prosperität, Frankfurt am Main, New York, 2. Auflage.

Röttger, Christof/Weber, Brigitte/Weber, Enzo (2019): Qualifikationsspezifische

Arbeitslosenquoten, in: IAB (Hrsg.) 2019: Aktuelle Daten und Indikatoren, [http://doku.iab.de/arbeitsmarktdaten/quallo\\_2019.pdf](http://doku.iab.de/arbeitsmarktdaten/quallo_2019.pdf) (05.10.2021)

Niehus, Judith (2020): Getrübtter Blick. Oder als wie (un)gerecht nehmen die Deutschen ihr eigenes Land wahr, in: Rodenstock, Randolph/Sevsay-Tegethoff, Nese, in: Deutschland neu denken, Mün-chen 2020, S. 43-54.

Sandel, Michael J. (2020): Vom Ende des Gemeinwohls. Wie die Leistungsgesell-schaft unsere Demokratien zerreißt, Frankfurt am Main.

Tocqueville, Alexis de (1835/1840): De la Démocratie en Amérique. 2 Bde. Paris.



## IDEEN FÜR DEN UNTERRICHT

(Georg Arnold)

### BILDUNGSPLANBEZUG GEMEINSCHAFTSKUNDE (LEISTUNGSFACH)

#### Politik der Chancengleichheit

- (1) die Entwicklung der vertikalen Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen mithilfe von Material analysieren
- (2) politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Folgen ungleicher Einkommens- und Vermögensverteilung erläutern
- (3) Maßnahmen der Umverteilung durch den Staat erläutern (Steuern, Transferzahlungen, sozial gestaltetes öffentliches Güterangebot)
- (4) die Einkommensbesteuerung beschreiben (Grundfreibetrag, Progression, Kinderfreibetrag, Spitzensteuersatz, Durchschnittssteuersatz) und deren Ausgestaltung bewerten
- (5) erörtern, ob durch staatliche Maß-

- nahmen die Vermögensunterschiede in einer Gesellschaft reduziert werden sollen (zum Beispiel Erbschaftsteuer, Vermögensteuer, Vermögensabgabe)
- (6) mithilfe von Material überprüfen, inwieweit durch Umverteilungspolitik gleiche Chancen zur politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Teilhabe gewährleistet werden

#### Wohlstand und Wirtschaftswachstum

- (1) die Bedeutung von Wachstum erklären (Verteilungs-, Beschäftigungs- und Machteffekte)

#### Grundlagen der Wirtschaftspolitik

- (2) Formen des Marktversagens (zum Beispiel fehlende Bereitstellung öffentlicher Güter, Fehlallokation durch externe Effekte, Gefährdung des Wettbewerbs, Informations-

- asymmetrien) und die Forderung nach wirtschaftspolitischem Handlungsbedarf erklären
- (4) die Ziele der deutschen Wirtschaftspolitik erläutern (Magisches Viereck und seine Erweiterung zum Sechseck) und mit den Grundzügen der Wirtschaftspolitik in der EU (Empfehlung des Rates) vergleichen

#### Aufgaben nationaler und europäischer Wirtschaftspolitik

- (14) Funktionen des Staatshaushalts erläutern (gesamtwirtschaftliche Funktion, verteilungs- und sozialpolitische Funktion, Verwirklichung politischer Ziele, Bedarfsdeckung)

## AUFGABEN ZUM BASISTEXT

1. Charakterisieren Sie den Begriff „soziale Ungleichheit“.
2. Stellen Sie die Entwicklung der Einkommensverteilung in Deutschland in den letzten Jahrzehnten dar.
3. Nennen Sie die Ursachen für die Veränderungen in der Einkommensverteilung in Deutschland.
4. Beschreiben Sie die unterschiedlichen Typen sozialer Gerechtigkeit.
5. Erklären Sie, warum die wachsende soziale Ungleichheit nicht zu sozialen Protesten geführt hat.
6. Stellen Sie die gesellschaftlichen und politischen Folgen der sozialen Ungleichheit dar.
7. Vergleichen Sie die Konzepte „Chancenungleichheit“ und „Verteilungsungleichheit“.
8. Erklären Sie die Zusammenhänge von Chancengleichheit, Leistungsprinzip und Ungleichheit.
9. Erörtern Sie, ob mehr Chancengleichheit auch zu mehr Gerechtigkeit führt.
10. Bewerten Sie die Forderung nach mehr Chancengleichheit.

**Wahr oder falsch?** Überprüfen Sie die folgenden Aussagen mit Hilfe des Basistextes: <https://learningapps.org/watch?v=pxiopffwn21>



## AUFGABEN ZUM MATERIALTEIL

### I. SOZIALE UNGLEICHHEIT UND CHANCENUNGLEICHHEIT – ZEIT ZUM „UM-STEUERN“?

- 1 a. Führen Sie die Simulation M 1 durch.
  - 1 b. Analysieren Sie, was Rawls unter „Gerechtigkeit als Fairness“ (M 2) versteht.
  2. Wählen Sie eine der Thesen aus M 3 aus und begründen Sie Ihre Auswahl.
  3. Überprüfen Sie anhand von M 5 - M 7 die Schlagzeilen aus M 4. Üben Sie wichtige Begriffe zur Analyse der Einkommens- und Vermögensverteilung mithilfe digitaler Karteikarten: [https://quizlet.com/\\_ab1q1w?x=1jqt&i=3zhdd4](https://quizlet.com/_ab1q1w?x=1jqt&i=3zhdd4)
- Moodle:** Mögliche Differenzierung: Erklärende Texte zu den Grafiken finden Sie in **Moodle** bzw. als Anwendung hier:



<https://learningapps.org/watch?v=p91dswqb321>

4. „Obwohl der Staat versucht, die Ungleichheit der Einkommen durch Steuern und Transfers zu reduzieren, gelingt ihm dies dauerhaft nicht.“ Erörtern Sie Marcel Fratzschers Behauptung ausgehend von M 5 - M 7.
5. Vergleichen Sie die Steuerpläne der Parteien im Bundestagswahlkampf 2021 (M 10) und ordnen Sie die Forderungen den unterschiedlichen Gerechtigkeitskonzeptionen zu.

**Moodle:** Einen Lösungshinweis finden Sie als Lückentext in **Moodle** bzw. als Anwendung hier:

<https://learningapps.org/watch?v=pe8t5fcgc21>



6. „Es wird weder wirtschaftlich noch moralisch ein Weg daran vorbeiführen, auch große Vermögen in Deutschland sehr viel stärker als bisher an den Zukunftsherausforderungen (...) zu beteiligen“ (Marcel Fratzscher). Bewerten Sie die Forderung nach Einführung einer Vermögenssteuer (M 8 - M 11).

**M1 DIE „URPOLIS“ – WAS WÄRE GERECHT?**

**Aufgaben für die Simulation „Urpolis“**

1. Bilden Sie 6er-Gruppen.
2. Lesen Sie das Szenario und halten Sie die gefundenen Regeln schriftlich fest.
3. Verteilen Sie anschließend verdeckt die Rollenkarten.
4. Reflektieren Sie nun Ihre Position innerhalb des von Ihnen entworfenen Regelsystems. Halten Sie das von Ihnen entworfene Regelsystem für „gerecht“?

**Szenario „Urpolis“**

Sie sind gemeinsam auf dem Weg nach „Urpolis“. Dieses ist eine noch völlig unberührte und unbewohnte Stadt. Sie wissen nichts über die Situation in dieser Stadt. Auch Sie als Person sind für den Zeitraum des Weges nach „Urpolis“ noch

ein völlig unbeschriebenes Blatt. Gemeinsam legen Sie auf Ihrer Reise nach „Urpolis“ nun aber Regeln fest, die Ihr zukünftiges Zusammenleben dort bestimmen sollen.

**Für Ihre Beratungen müssen Sie folgende Bedingungen beachten:**

1. Sie befinden sich unter einem „Schleier des Nichtwissens“: Das heißt, Sie wissen zwar schon, wie die Gesellschaft aufgebaut ist (es gibt Menschen mit körperlicher Beeinträchtigung, Arbeitslose, Rentner, Arbeitnehmer, Unternehmer und Vermögende), aber Sie wissen noch nicht, in welcher sozialen Position Sie selbst nachher sein werden. Ihnen ist also nicht bekannt, welchen

Platz Sie in dieser zukünftigen Gesellschaft einnehmen werden. Das erfahren Sie erst mit Ihrer Ankunft in „Urpolis“!

2. Die gefundenen Regeln müssen erfüllt werden und gelten nachher verbindlich für alle.

**Folgende Fragen sind vor allem zu klären:**

1. Gibt es Abgaben in Form von Steuern und wie hoch sollen diese für die einzelnen Gruppen ausfallen?
2. Sehen Sie die Notwendigkeit für einen sozialen Ausgleich und wenn ja, wie soll dieser aussehen und wie hoch ausfallen?

**Rollenkarten**

Sie sind körperlich beeinträchtigt und können keiner Tätigkeit nachgehen. <input type="radio"/>	Ihre Qualifikationen sind auf der Insel nicht gefragt. Sie sind arbeitslos. <input type="radio"/>	Sie führen ein gut gehendes Unternehmen. <input type="radio"/>
Sie gehen einer durchschnittlich entlohnten Tätigkeit in einem Unternehmen nach. <input type="radio"/>	Sie haben lange als Angestellter gearbeitet und sind nun in Rente. <input type="radio"/>	Ihnen wird ein beträchtliches Vermögen vererbt. <input type="radio"/>

**M2 JOHN RAWLS: GERECHTIGKEIT ALS FAIRNESS**

Die Gerechtigkeit eines Gesellschaftsmodells hängt wesentlich davon ab, wie die Grundrechte und -pflichten und die wirtschaftlichen Möglichkeiten und sozialen Verhältnisse in den verschiedenen Bereichen der Gesellschaft bestimmt werden.

Wir wollen uns also vorstellen, dass diejenigen, die sich zu gesellschaftlicher Zusammenarbeit vereinigen wollen, in einem gemeinsamen Akt die Grundsätze wählen, nach denen Grundrechte und -pflichten und die Verteilung der gesellschaftlichen Güter bestimmt werden. Die Menschen sollen im Voraus entscheiden, wie sie ihre Ansprüche gegeneinander regeln wollen und wie die Gründungsurkunde ihrer Gesellschaft aussehen soll. Ganz wie jeder Mensch durch vernünftige Überlegung entscheiden muss, was für ihn das Gute ist, d.h. das System der Ziele, die zu verfolgen für ihn vernünftig ist, so muss eine Gruppe von Menschen ein für allemal entscheiden, was ihnen als gerecht und ungerecht gelten soll. Die Entscheidung, die vernünftige Menschen in dieser theoretischen Situation der Freiheit und Gleichheit treffen würden, bestimmt die Grundsätze der Gerechtigkeit.

[...] Dieser Urzustand wird natürlich nicht als ein wirklicher geschichtlicher Zustand vorgestellt [...], sondern als rein theoretische Situation aufgefasst, die so beschaffen ist, dass sie zu einer bestimmten Gerechtigkeit führt.

Zu den wesentlichen Eigenschaften dieser Situation gehört, dass niemand seine Stellung in der Gesellschaft kennt, seine Klasse oder seinen Status, ebenso wenig sein Los bei der Verteilung natürlicher Gaben wie Intelligenz oder Körperkraft. Ich nehme sogar an, dass die Beteiligten ihre Vorstellung vom Guten und ihre besonderen psychologischen Neigungen nicht kennen. Die Grundsätze der Gerechtigkeit werden hinter einem Schleier des Nichtwissens festgelegt. Dies gewährleistet, dass dabei niemand durch die Zufälligkeiten der Natur oder der gesellschaftlichen Umstände bevorzugt oder benachteiligt wird. Da sich alle in der gleichen Situation befinden und niemand Grundsätze ausdenken kann, die ihn aufgrund seiner besonderen Verhältnisse bevorzugen, sind die Grundsätze der Gerechtigkeit das Ergebnis einer fairen Übereinkunft oder Verhandlung. [...] Den Urzustand könnte man den angemessenen

Ausgangszustand nennen, und damit sind die in ihm getroffenen Grundvereinbarungen fair. Das rechtfertigt die Bezeichnung „Gerechtigkeit als Fairness“. Sie drückt den Gedanken aus, dass die Grundsätze der Gerechtigkeit in einer fairen Ausgangssituation festgelegt werden. Sie will nicht besagen, die Begriffe der Gerechtigkeit und der Fairness seien ein und dasselbe, ebenso wenig wie der Ausdruck „Dichtung als Metapher“ sagen will, Dichtung und Metapher seien dasselbe.

Ich behaupte, dass die Menschen im Urzustand zwei Grundsätze wählen würden: einmal die Gleichheit der Grundrechte und -pflichten; zum anderen den Grundsatz, dass soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten, etwa verschiedener Reichtum oder verschiedene Macht, nur dann gerecht sind, wenn sich aus ihnen Vorteile für jedermann ergeben, insbesondere für die schwächsten Mitglieder der Gesellschaft. Nach diesen Grundsätzen kann man Institutionen nicht damit rechtfertigen, dass den Unbilden einiger ein größerer Gesamtnutzen gegenüberstehe. Es ist vielleicht zweckmäßig, aber nicht gerecht, dass einige weniger haben, damit es anderen besser geht. Es ist aber

nichts Ungerechtes an den größeren Vorteilen weniger, falls es dadurch auch den nicht so Begünstigten besser geht. Die intuitive Vorstellung ist die, dass jedermanns Wohlergehen von der Zusammenarbeit abhängt, ohne die niemand ein befriedigendes Leben hätte, und dass daher die Verteilung der Güter jeden, auch den weniger Begünstigten, geneigt machen sollte, bereitwillig mitzuarbeiten.

Die beiden soeben erwähnten Grundsätze dürften eine faire Grundlage dafür sein, dass die Begabteren oder sozial besser Gestellten – was beiden nicht als Verdienst angesehen werden kann – auf die bereitwillige Mitarbeit anderer rechnen können, sofern eine funktionierende Regelung eine notwendige Bedingung für das Wohlergehen aller ist. Sobald man sich für eine Gerechtigkeitsvorstellung

entschieden hat, die die Zufälligkeiten der natürlichen Begabung und der gesellschaftlichen Verhältnisse nicht zu politischen und wirtschaftlichen Vorteilen führen lässt, gelangt man zu diesen Grundsätzen.

Textauszug aus: John Rawls, Eine Theorie der Gerechtigkeit. Aus dem Amerikanischen von Hermann Vetter. © Suhrkamp Verlag Frankfurt am Main 1971.

### M3 POSITIONIEREN SIE SICH: WAS IST IHRER MEINUNG NACH GERECHT?

- Gerecht ist, wenn alle die gleichen Chancen haben.
- Gerecht ist, wenn die Stärkeren größere Lasten schultern als die Schwächeren.
- Gerechtigkeit bedeutet, dass alle ihren Beitrag entsprechend ihren Möglichkeiten leisten.
- Es ist gerecht, wenn Leistung befördert und belohnt wird.
- Gerecht ist, wenn alle Menschen den gleichen Anteil am gesellschaftlichen Reichtum erhalten.
- Gerechtigkeit bedeutet, dass jeder das erhalten muss, was er benötigt, um am gesellschaftlichen Leben teilnehmen zu können.
- Gerecht ist, wenn Menschen dazu befähigt werden, für sich selbst zu sorgen.
- Gerechtigkeit bedeutet, den Schwächeren Vorteile einzuräumen.

Mit dem Umfragetool **Mentimeter** (eine Anleitung finden Sie unter: <https://www.schule-bw.de/faecher-und-schularten/gesellschaftswissenschaftliche-und-philosophische-faecher/geographie/material/geographie-interaktiv/anleitung-mentimeter-pdf/view>) kann eine Umfrage zu den obigen Thesen erstellt werden, an der die Schüler mit mobilen Endgeräten leicht teilnehmen können. Die Schülerrückmeldung kann dann an der Tafel übersichtlich visualisiert und gemeinsam reflektiert werden.

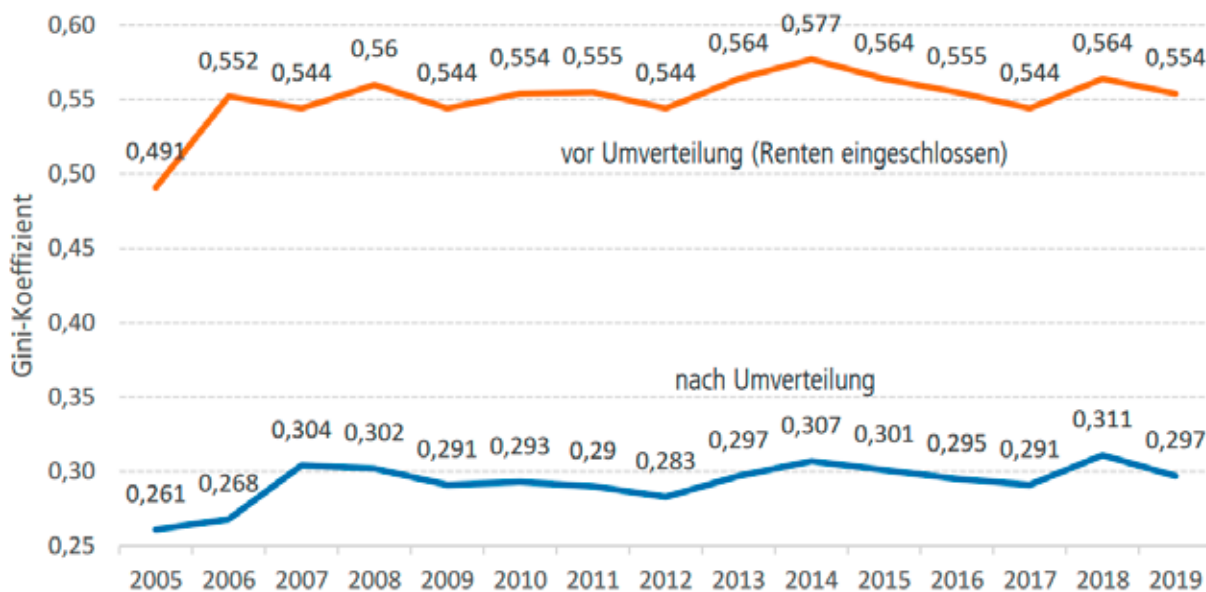


### M4 WAS STIMMT DENN NUN?

Kluft zwischen Arm und Reich wird immer größer <i>RND, 07.10.2019</i>	Spaltung der Gesellschaft? Die eingebildete Armut der Deutschen <i>Die Welt, 18.07.2021</i>
Die Ungleichheit bei der Verteilung der verfügbaren Einkommen nimmt ab <i>Bundesregierung, 18.02.2019</i>	Vermögensverteilung in Deutschland: Weniger ungleich als gedacht <i>Handelsblatt, 01.07.2021</i>
Armut in Deutschland - Die soziale Ungerechtigkeit wächst weiter <i>Deutschlandfunk, 16.08.2021</i>	Eine neue Studie kommt zu dem Ergebnis, dass die Einkommensunterschiede kleiner wurden <i>Die Zeit, 07.05.2021</i>
Der Anteil der Reichen in Deutschland wird regelmäßig stark überschätzt <i>IWD, 06.11.2021</i>	Die Schere zwischen Arm und Reich in Deutschland klappt immer weiter auseinander <i>Hamburger Morgenpost, 08.03.2021</i>
Reichtum in Deutschland ungleicher verteilt als gedacht <i>Wirtschaftswoche, 15.07.2020</i>	Reiche immer reicher, Arme immer ärmer <i>Bayerischer Rundfunk, 14.07.2021</i>

**M5 ENTWICKLUNG DER EINKOMMENSVERTEILUNG IN DEUTSCHLAND (GINI-KOEFFIZIENT)**

Abb. 6.1: Einkommensverteilung in Deutschland (Gini-Koeffizient)



Anmerkung: Bezieht sich auf verfügbares Äquivalenzeinkommen. Je höher der Gini-Koeffizient (0-1), desto ungleicher sind die Einkommen verteilt.

Quelle: EU-SILC, Eurostat.

© DGB Verteilungsbericht 2021: Ungleichheit in Zeiten von Corona, Berlin 2021, <https://www.dgb.de/themen/++co++37f4eb9a-5bc3-11eb-ac48-001a4a160123> (05.10.2021)

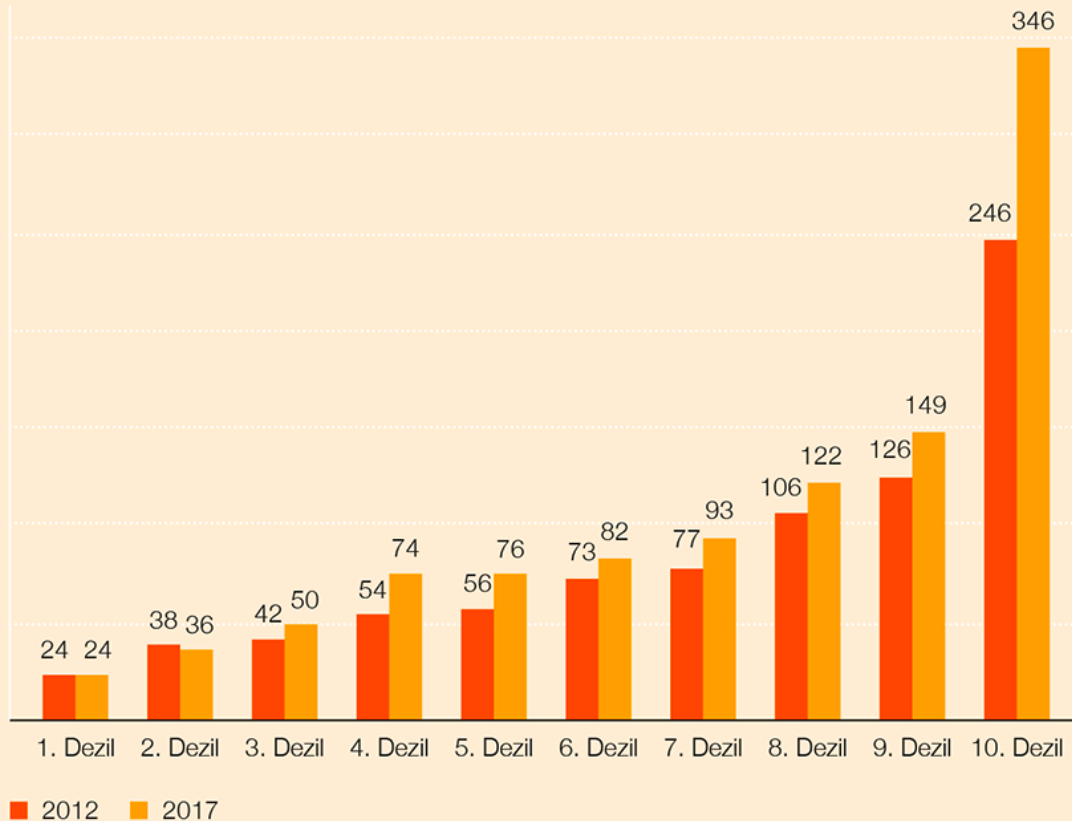
**M6 EINKOMMENSCHICHTUNG UND EINKOMMENSARMUT 1995-2018 IN PROZENT**

	Perioden					Jahre		
	1995–1999	2000–2004	2005–2009	2010–2014	2015–2018	2016	2017	2018
<b>Äquivalenzeinkommen im Monat (real)</b>								
Bevölkerungsanteile nach Einkommensschichten (Median = 100%)								
≥300%	1,0	1,3	1,7	1,6	1,3	1,4	1,2	1,2
200 bis <300%	4,5	5,0	5,8	5,8	5,3	5,8	4,5	5,2
150 bis <200%	10,8	10,8	11,6	11,5	12,4	12,2	12,1	11,9
125 bis <150%	12,6	12,6	11,8	12,6	12,6	13,3	12,3	12,3
100 bis <125%	21,8	21,4	19,7	19,1	18,8	18,6	20,1	19,4
75 bis <100%	26,3	25,4	24,5	22,4	22,3	22,0	20,7	23,5
60 bis <75%	12,1	11,8	12,2	12,9	11,2	11,1	11,8	10,5
50 bis <60%	5,3	6,0	6,2	6,9	7,5	7,4	7,8	7,3
<50%	5,5	5,8	6,5	7,1	8,6	8,3	9,5	8,7
Armutsschwelle: 60% des Medians								
FGT(0) (Armutsquote)	10,7	11,7	12,7	14,1	16,0	15,6	17,3	15,8
FGT(1) (Armutslücke)	2,2	2,5	2,8	3,0	3,6	3,6	3,7	3,6
FGT(2) (Armutsintensität)	0,7	0,9	1,0	1,0	1,3	1,3	1,3	1,3
<b>Äquivalenzeinkommen im Vorjahr (real)</b>								
Armutsschwelle: 60% des Medians								
FGT(0) (Armutsquote)	11,1	12,0	13,9	14,4	15,4	15,8	15,7	15,1
FGT(1) (Armutslücke)	2,7	2,9	3,3	3,3	4,0	4,1	4,0	4,0
FGT(2) (Armutsintensität) <sup>1</sup>	1,1	1,2	1,3	1,3	1,6	1,7	1,6	1,7

Datenbasis: SOEPv35

© Datenreport 2021, Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2021, „Einkommensschichtung und Einkommensarmut 1995 - 2018 - in Prozent“, <https://www.bpb.de/nachschlagen/datenreport-2021/private-haushalte-einkommen-und-konsum/329945/einkommensschichtung-und-relative-armut> (05.10.2021) Lizenz: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/> (bpb)

## M7 NETTOVERMÖGEN NACH DEZILEN DES HAUSHALTSNETTOEINKOMMENS 2012 UND 2017 - IN TAUSEND EURO



Ohne den Wert von Fahrzeugen und ohne Studienkredite.  
Datenbasis: SOEPv35, Personen ab 17 Jahren in Privathaushalten, mit 0,1% Top-Coding, individuelle Nettovermögen

© Datenreport 2021, Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2021, „Nettovermögen nach Dezilen des Haushaltsnettoeinkommens 2012 und 2017 – in Tausend Euro“, <https://www.bpb.de/nachschlagen/datenreport-2021/private-haushalte-einkommen-und-konsum/329969/einkommen-und-vermoegen> (05.10.2021) Lizenz: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/> (bpb) (05.10.2021)

## M8 CHARLOTTE BARTELS, MARCEL FRATZSCHER: UMVERTEILUNG ALLEIN HILFT NICHT, ZEIT ONLINE, 22.12.2017

[...] Innerhalb der Gesellschaften ist die Ungleichheit von Einkommen und Vermögen seit den 1960er Jahren fast überall massiv gewachsen. In Deutschland leugnen [...] einige, unter anderem auch der Sachverständigenrat, die Zunahme der Einkommensungleichheit. Einer der Einwände ist, seit 2005 sei die Einkommensungleichheit in Deutschland stabil geblieben und nicht weiter gestiegen. Das ist faktisch zwar nicht falsch, aber wenig aussagekräftig und eine höchst selektive Sichtweise, da 2005 ein Krisenjahr für Deutschland war mit einer Rekordarbeitslosigkeit von über fünf Millionen Arbeitslosen. Es als Bezugspunkt zu wählen, verzerrt die Sichtweise. Am langfristigen Trend der steigenden Einkommensungleichheit ändert die Einbeziehung dieses Krisenjahres jedoch nichts. Ein zwei-

ter Einwand ist, dass diese Studie die Markteinkommen und nicht die verfügbaren Einkommen, also inklusive Steuern und Transferleistungen, betrachtet. Fakt ist aber, dass sogar die Ungleichheit der verfügbaren Einkommen in den vergangenen Jahrzehnten zugenommen hat, obwohl der deutsche Staat über die Jahrzehnte einen immer höheren Anteil der Wirtschaftsleistung für Transferleistungen der Sozialsysteme aufbringt.

In anderen Worten: Obwohl der Staat versucht, die Ungleichheit der Einkommen durch Steuern und Transfers zu reduzieren, gelingt ihm dies dauerhaft nicht. Gerade deshalb ist es so wichtig, nicht nur die verfügbaren Einkommen zu analysieren, sondern die Ungleichheit der Markteinkommen [...]. Die Ungleichheit der Markteinkommen ist ein Maß für die

Chancengleichheit, wohingegen die Ungleichheit der verfügbaren Einkommen eher ein Maß für die Größe des Sozialstaats ist. Während die verfügbaren Einkommen in Deutschland also nicht ungleicher verteilt sind als in anderen Industrieländern, zählt die Ungleichheit bei den Markteinkommen hierzulande zu den höchsten aller Industrieländer und ist fast so hoch wie in den USA. Das reflektiert eine geringe Chancengleichheit und damit auch eine niedrige soziale Mobilität in Deutschland [...] aus zwei Gründen:

Erstens stammt das Einkommen der Spitzenverdiener in Deutschland überwiegend aus Unternehmensbesitz. Mehr als 80 Prozent dieser Unternehmen befinden sich in der Hand von Familien, die diesen Besitz dank großzügiger Ausnah-

merregelungen der Erbschaftsteuer fast steuerfrei an die nächste Generation weitergeben können. Zweitens hängen Bildungschancen und Einkommen der Kinder in Deutschland ungewöhnlich stark von Einkommen und Bildung der Eltern ab. [...]

Dies zeigt, dass der Versuch, die steigende Ungleichheit der Markteinkommen ausschließlich durch mehr Umverteilung zu lösen, gescheitert ist. Kein Geld der Welt, keine finanzielle Transferleistung wird je die fehlenden Chancen in der Bildung, Qualifizierung und im Arbeitsmarkt kompensieren können. [...]

Auch das Steuersystem muss sich ändern. Es darf Vermögen nicht so stark entlasten und Einkommen aus Arbeit so stark belasten, wie das in Deutschland der Fall ist. Kaum ein Land besteuert Vermögen so wenig und Einkommen auf Arbeit so stark. [...]

Eine zu hohe Konzentration von Ressourcen in wenigen Händen kann außerdem dazu führen, dass die wohlhabenden Unternehmer, um ihr Risiko zu senken, sich auf den Erhalt ihres Vermögens konzentrieren und nicht mehr in die Entwicklung innovativer Produkte investieren. [...]

Wir sollten uns ehrlich eingestehen, dass die Ungleichheit in Deutschland nicht der Kollateralschaden einer funktionierenden Marktwirtschaft ist, sondern vor allem die Folge einer fehlenden Chancengleichheit, die nicht einfach hingenommen werden darf. Eine Investitions-offensive in Bildung, Qualifizierung und Teilhabe wie auch ein ausgewogenes Steuersystem sollten daher wichtige Prioritäten für die neue Bundesregierung sein.

© <https://www.zeit.de/wirtschaft/2017-12/einkommensungleichheit-studie-thomas-piketty-chancen-gleichheit>

## M9 VERMÖGENSVERTEILUNG: RENTENANSPRÜCHE MACHEN DEN UNTERSCHIED, IWD, 05.08.2021

Die Ungleichheit der Vermögen ist in Deutschland relativ hoch – so wie in den meisten Staaten, die über ein umfassendes Sozialsystem verfügen. Die Vermögenskonzentration verringert sich allerdings deutlich, wenn beim Vermögen auch Renten- und Pensionsansprüche berücksichtigt werden.

Der Gini ist das etablierte Maß dafür, wie gleich oder ungleich es in einem Land zugeht. Beim Wert null würde jeder Einwohner exakt gleich viel besitzen. Ein steigender Wert geht mit einer größeren Ungleichverteilung einher. Der Gini-Koeffizient von knapp 0,82 im Jahr 2019 signalisiert für Deutschland eine deutliche Ungleichverteilung der Vermögen. Doch bei näherer Betrachtung löst sich der vermeintliche Widerspruch aus hohen Sozialausgaben und hoher Vermögensungleichheit in Deutschland auf. Denn der Gini-Koeffizient bewertet lediglich, wie gleich oder ungleich die eindeutig zu erfassenden und veräußerbaren privaten Vermögen verteilt sind, also Finanzver-

mögen und Immobilienbesitz. Dagegen lässt er unberücksichtigt, inwiefern staatliche Vorsorge die individuelle Vermögensbildung ersetzt.

Lebenszykluseffekte haben erheblichen Einfluss auf die Vermögensungleichheit in Deutschland. Das gilt auch für die Renten- und Pensionsansprüche – und zwar in erheblichem Maß. Denn Finanz- und Immobilienvermögen abzüglich der Schulden – also das klassische Nettovermögen – machten im Jahr 2017 lediglich knapp 49 Prozent des erweiterten Nettovermögens der Einwohner Deutschlands aus. Das heißt umgekehrt:

Mehr als 51 Prozent des Vermögens der Bundesbürger steckt in Form von Leistungsansprüchen im gesetzlichen, betrieblichen und privaten Rentenversicherungssystem sowie in der Beamtenversorgung. [...] Wird das Altersvorsorgevermögen berücksichtigt, steigt das Nettovermögen der 18- bis 35-Jährigen auf den 3,7-fachen Wert; bei den älteren Jahrgängen verdoppeln die geschätzten Vermö-

genswerte aus Renten- und Pensionsansprüchen das Vermögen. [...]

Grundlegende Strukturen im Vermögensbesitz verschieben sich durch die Hinzuschätzung allerdings nicht. Allerdings führt die erweiterte Vermögensbetrachtung dazu, dass sich der Gini-Koeffizient für die Vermögensverteilung im Jahr 2017 deutlich um 0,2 Punkte auf rund 0,6 reduziert. Damit ist das Vermögen in Deutschland zwar weiterhin deutlich ungleicher verteilt als die Einkommen (dort beträgt der Gini-Koeffizient knapp 0,3), aber längst nicht mehr so ungleich, wie in der unvollständigen, klassischen Betrachtung.

Das hat Folgen für politische Forderungen, die gerade in Wahlkampfzeiten hoch im Kurs stehen – wie etwa die Forderung nach einer Vermögensteuer [...].

© <https://www.iwd.de/artikel/vermoe-gensverteilung-rentenansprueche-machen-den-unterschied-517451/> (05.10.2021)

## M10 AUS DEN WAHLPROGRAMMEN DER PARTEIEN ZUR BUNDESTAGSWAHL 2021

### CDU

#### Neue Belastungen verhindern

Für uns ist klar: Damit die Wirtschaft wieder in Schwung kommt und wir gemeinsam neuen Wohlstand schaffen können, dürfen Unternehmen keine neuen Belastungen auferlegt werden.

- Wir wollen die Lohnzusatzkosten auf einem stabilen Niveau von maximal 40 Prozent halten.
- Wir bleiben auch in Zukunft beim Grundsatz „Entlasten statt Belasten“. Gerade nach der Pandemie sind Steuererhöhungen der falsche Weg. Sie stehen dem notwendigen Aufschwung unserer Wirtschaft entgegen.
- Wir werden den Solidaritätszuschlag für alle schrittweise abschaffen und gleichzeitig kleine und mittlere Ein-

kommen bei der Einkommensteuer entlasten.

- Wir treten entschieden allen Überlegungen zur Einführung neuer Substanzsteuern wie der Vermögensteuer oder der Erhöhung der Erbschaftsteuer entgegen. Beides würde vor allem auch die wirtschaftliche Substanz Deutschlands gefährden und Arbeitsplätze kosten.

#### Keine Vermögensteuer

Wir lehnen zusätzliche Lasten wie eine Wiedereinführung der Vermögensteuer ab. Eine Vermögensteuer würde uns alle treffen: Sie würde sowohl Hauseigentümer als auch Mieter belasten und somit das Wohnen für alle verteuern. Sie würde Betriebsvermögen belasten und somit Arbeitsplätze für alle gefährden. Die Vermögensteuer ist eine Wohlstandsbremse.

### SPD

#### Wie wir unsere Politik finanzieren wollen

Die Besteuerung von Einkommen werden wir gerechter gestalten. Das aktuelle Steuersystem nimmt gerade mittlere Einkommen zu stark in Anspruch. [...] Wir werden eine Einkommensteuerreform vornehmen, die kleine und mittlere Einkommen besserstellt, die Kaufkraft stärkt und dafür im Gegenzug die oberen fünf Prozent stärker für die Finanzierung der wichtigen öffentlichen Aufgaben heranzieht. Für diejenigen, die besonders viel verdienen, halten wir zudem an dem Aufschlag von drei Prozentpunkten zur Einkommensteuer fest. Er soll künftig bei Verheirateten für den zu versteuernden Einkommensanteil oberhalb von 500.000

Euro im Jahr, bei Ledigen ab 250.000 Euro im Jahr gelten.

Den Solidaritätszuschlag haben wir für die allermeisten Bürger\*innen abgeschafft. Die Einnahmen aus dem verbliebenen Solidaritätszuschlag, den nur noch die Spitzenverdiener\*innen zahlen, werden wir weiter brauchen. [...]

Wer sehr viel Vermögen hat, muss einen größeren Beitrag zur Finanzierung unseres Gemeinwesens leisten. Deshalb werden wir unter anderem einen maßvollen, einheitlichen Steuersatz von einem Prozent für sehr hohe Vermögen einführen. Gleichzeitig wird es hohe persönliche Freibeträge geben, so dass sich die Steuerbelastung auf besonders vermögende Teile der Bevölkerung konzentriert. Wir stellen sicher, dass mit der Vermögensteuer keine Arbeitsplätze gefährdet werden. Die Grundlage von Betrieben wird bei der Vermögensteuer verschont. [...]

Die Erbschaftsteuer ist reformbedürftig. In ihrer gegenwärtigen Form ist sie ungerecht, da sie vermögende Unternehmenserben bevorzugt. Mit einer effektiven Mindestbesteuerung werden wir die Überprivilegierung großer Betriebsvermögen abschaffen.

## AfD

### Abschaffung der Substanzsteuern

Grundsätzlich ist es das Ziel der AfD, die Steuer- und Abgabenbelastung in Deutschland deutlich zu senken. [...] In Orientierung daran könnten, bei Konzentration auf die beiden großen Steuerarten (Umsatzsteuer und Einkommensteuer), die Grundsteuer, die Gewerbesteuer und etliche [...] weitere kleinere Verbrauchsteuern [...] ersatzlos entfallen.

Ähnlich verhält es sich mit den sogenannten Substanzsteuern. Dazu zählen die schon erwähnte Grundsteuer, die an Haus- und Grundbesitz anknüpft, die Vermögensteuer sowie die Erbschafts- und Schenkungsteuer. Bei derzeit rund 800 Mrd. jährlichem Steueraufkommen des Gesamtstaates liegt deren Anteil insgesamt bei einem niedrigen einstelligen Prozentbetrag. [...]

Die Wirtschaftsstruktur Deutschlands ist, am weltweiten Maßstab gemessen, extrem stark von mittelständischen Unternehmen geprägt. Sie beschäftigen die relativ meisten Arbeitnehmer, bilden mit Abstand die meisten Lehrlinge aus und existieren vielfach über mehrere Generationen. Im Falle des Unternehmensübergangs im Erbgang, insbesondere auch innerhalb der Familie, wurde bei größeren Vermögen umso drastischer auf die Unternehmenssubstanz im Wege der Erbschaftsteuer steuerlich zugegriffen mit der Folge der Zerstörung funktionierender Unternehmen. [...] Die AfD fordert daher die Abschaffung der Erbschaftsteuer.

## FDP

### Entlastung und faire Steuern

Wir fordern ein grundlegendes Umdenken in der Steuerpolitik: Wir wollen die Bürgerinnen und Bürger spürbar entlas-

ten [...] Wir Freie Demokraten wollen eine Trendwende bei der Abgabenquote erreichen und die Abgabenbelastung für die Arbeitnehmer und die Arbeitgeber wieder auf unter 40 Prozent senken, [...] denn die Leistungsträgerinnen und Leistungsträger unseres Landes dürfen nicht durch immer höhere Abgaben daran gehindert werden, unseren Wohlstand zu sichern.

### Spitzensteuersatz nur für Spitzenverdiener

Heute steigt die Steuerlast bei kleinen und mittleren Einkommen besonders schnell an. Von Gehaltserhöhungen greift sich der Staat mehr als die Hälfte. Das ist leistungsfeindlich und ungerecht. Eine Durchschnittsverdienerin und ein Durchschnittsverdiener dürfen nicht fast schon den höchsten Steuersatz zahlen. Wir Freie Demokraten wollen einen fairen Tarif bei der Einkommensteuer: den Chancetarif. Dazu wollen wir den Spitzensteuersatz schrittweise „nach rechts verschieben“ – mit dem Ziel, dass dieser erst ab einem Einkommen von 90.000 Euro greift. [...] Wir Freie Demokraten wollen den Solidaritätszuschlag komplett abschaffen.



<https://twitter.com/fdp/status/1166014045650063361?lang=de> (26.09.2021)

### Keine neue Substanzbesteuerung

Wir Freie Demokraten lehnen eine einmalige Vermögensabgabe ebenso ab wie die Wiederbelebung der Vermögensteuer. Beides ist für unsere mittelständisch geprägte Wirtschaft ein Hemmschuh bei der Bekämpfung der wirtschaftlichen Folgen der Coronapandemie, weil den Unternehmen Liquidität unabhängig von deren Ertragslage entzogen wird. [...] Wir lehnen auch eine weitere Verschärfung der Erbschaftsteuer ab.

## Die Linke

### Mit Steuern umsteuern

Auch die Besteuerung von Einkommen wollen wir gerechter machen. Niedrige und mittlere Einkommen wollen wir entlasten. Hohe Einkommen müssen stärker besteuert werden. Alle zu versteuernden Einkommen unter 14.400 Euro im Jahr bleiben steuerfrei. Höhere Einkommen

wollen wir stärker besteuern. Ab 70.000 Euro zu versteuerndem Einkommen im Jahr beträgt der Steuersatz 53 Prozent. [...]

Wir sehen zwei Stufen einer gesonderten Reichensteuer vor: 60 Prozent ab der aktuellen Reichensteuergrenze von 260.533 Euro und 75 Prozent für Einkommen oberhalb von einer Million Euro zu versteuerndem Einkommen. DIE LINKE will den Solidaritätszuschlag für hohe Einkommen erhalten. [...]



<https://www.die-linke.de/themen/steuern/> (26.09.2021)

DIE LINKE fordert eine Vermögensteuer mit einem progressiven Tarif und einem Freibetrag für Privatvermögen von 1 Million Euro pro Person. Der Freibetrag für Betriebsvermögen liegt bei 5 Millionen Euro. Der Eingangsteuersatz der Vermögensteuer startet bei 1 Prozent und steigt bis zu einem Nettovermögen von 50 Millionen Euro stetig an. Ab 50 Millionen Euro greift der Höchststeuersatz von 5 Prozent.

[...] Zudem ist bei sehr großen Vermögen auch eine Umverteilung zulasten von Vermögenssubstanz erforderlich.

Starke Schultern tragen mehr: Für die Bewältigung der Coronakrise wollen wir eine Vermögensabgabe erheben. Diese soll für Nettovermögen über 2 Millionen Euro (für Betriebsvermögen ist der Freibetrag 5 Millionen Euro) erhoben werden. Die Vermögensabgabe ist progressiv von 10 bis 30 Prozent gestaffelt und kann über zwanzig Jahre in Raten gezahlt werden. Die jährliche Belastung des Nettovermögens beträgt so zwischen 0,1 und 1,5 Prozent. [...]

Reichtum wird vererbt – meist ohne, dass nennenswerte Steuern bezahlt werden. [...] Wir werden dafür sorgen, dass die Steuerschlupflöcher geschlossen werden. Zu dem Zweck sollen die heute existierenden Privilegien für Betriebsvermögen bei Erbschaften und Schenkungen entfallen. Wir werden die Erbschaftsteuer auf hohe Erbschaften erhöhen.

**Die Grünen****Mehr Steuergerechtigkeit schaffen**

Heute aber tragen die obersten 10 Prozent der Einkommen über Steuern und Abgaben relativ weniger bei als die mittleren Einkommen. Das ändern wir, indem wir den Grundfreibetrag der Einkommensteuer erhöhen, um kleine und mittlere Einkommen zu entlasten. Im Gegenzug wollen wir den Spitzensteuersatz moderat anheben. Ab einem Einkommen von 100.000 Euro für Alleinstehende und 200.000 Euro für Paare wird eine neue Stufe mit einem Steuer-

satz von 45 Prozent eingeführt. Ab einem Einkommen von 250.000 bzw. 500.000 Euro folgt eine weitere Stufe mit einem Spitzensteuersatz von 48 Prozent.

Wir wollen [...] große Vermögen wieder stärker besteuern. Dafür gibt es verschiedene Instrumente wie zum Beispiel die Erbschaftsteuer oder die Vermögensteuer. Die Einführung einer neuen Vermögensteuer für die Länder ist unser bevorzugtes Instrument. Die Vermögensteuer sollte für Vermögen oberhalb von zwei Millionen Euro pro

Person gelten und jährlich 1 Prozent betragen. Begünstigungen für Betriebsvermögen werden wir im verfassungsrechtlich erlaubten und wirtschaftlich gebotenen Umfang einführen.

<https://www.bundestagswahl-2021.de/wahlprogramme/> (26.09.2021)

**M11 VERMÖGENDE IN NOT?**

© Klaus Stüttmann, 26.08.2019